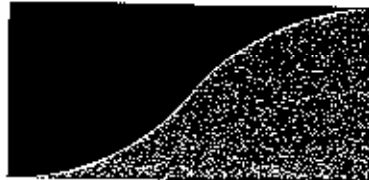


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pppn d



Inhalt

Joachim Poß MdB, Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages, setzt sich mit einem „Beschäftigungsprogramm“ des Bundesfinanzministers auseinander: Das Strohfeuer des Dr. Stoltenberg.

Seite 1

Hugo Brandt MdL, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz, weist auf die Verwicklung des früheren rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten in den Mainzer Spendenskandal hin: Die Mauer um Kohl bröckelt.

Seite 3

Armin Clauss, Hessischer Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales, würdigt die gemeinsame Erklärung „Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung“ der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz: Ein ermutigendes Dokument.

Seite 4

40. Jahrgang / 106 / 7. Juni 1985

Das Strohfeuer des Dr. Stoltenberg

Mit einer als „Programm“ deklarierten Ausgabenumschichtung kann die Arbeitslosigkeit nicht wirksam bekämpft werden

Von Joachim Poß MdB
Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Die Unglaubwürdigkeit des finanzpolitischen Kurses der Bundesregierung nimmt zu. Jahrelang wiesen der Bundesfinanzminister und der Bundeswirtschaftsminister schon das Wort „Programm“ weit von sich; und beschäftigungsfördernde Ausgabenprogramme zu planen und zu beschließen, das war Verrat an der Wendepolitik. Der Schock nach der NRW-Wahl hat den Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg aber offensichtlich so stark getroffen, daß er jetzt sogar Ausgaben „programme“ ankündigt. In bekannter Rechthabermanier unterscheidet er jedoch in vernünftige und unvernünftige Programme. Um rund 300.000 Millionen DM will er den Haushaltsansatz für Städtebauförderung für 1986 erhöhen und dies durch Kürzungen an anderer Stelle und durch Ausgabenumschichtungen finanzieren - das nennt Dr. Stoltenberg nun schon ein Programm!

Aber was dieses Programm plötzlich für Strohfeuer entfachen kann: aus einem um rund 300 Millionen DM erhöhten Haushaltsansatz des Bundes sollen zusätzliche Bauinvestitionen in Höhe von eine Milliarde DM durch die Mischfinanzierungsbeteiligung von Ländern und Gemeinden entstehen, so daß einschließlich der dadurch angeregten privaten Investitionen ein zusätzliches Investitionsvolumen von rund fünf Milliarden DM vorhanden wäre. So die Aussagen von Wohnungsbauminister Schneider. Die Arbeitsmarktwirkung soll nach seinen Schätzungen 30.000 Arbeitsplätze pro investierter Milliarde betragen. In der Abgrenzungsargumentation gegenüber der Politik der sozialliberalen Regierung macht Schneider geradezu akrobatische Klimmzüge. Vorbereitete Einzelprojekte der Gemeinden im Umweltschutz, beim Wohnumfeld und so weiter will er über die Städtebauförderungszuständigkeit des Bundes fördern. Wie er dabei mit der Finanzverfassung und der Mitwirkung von Ländern und Gemeinden zurecht kommt, wird er wohl erst noch prüfen müssen. Wie die Bundesmittel bis Ende 1986 abgeflossen sein werden und wie dann der Bundeswohnungsbauminister die eine Milliarde an zusätzlichen Baumaßnahmen und die 30.000 zusätzlichen Arbeitsplätze suchen wird, darauf kann man gespannt sein. Der Bundesfinanzminister freut sich sicher schon heute, wieder einmal Ende 1986 erhöhte Einsparungen bei den vorgesehenen Soll-Ansätzen der Investitionsausgaben des Bundes aufzeigen zu können.



Das alles hindert die Bundesregierung aber keineswegs, immer noch von den sogenannten Strohfeuerprogrammen der sozialliberalen Koalition zu reden. Dabei war zum Beispiel das Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) von 1977 alles andere als ein Strohfeuerprogramm. Gerade weil die sozialliberale Regierung keine kurzfristigen Ein-Jahreshaushaltslösungen für die Beschäftigungspolitik wollte, hat sie mit einem fünf Jahre tragenden Programm zur Förderung zukünftiger Investitionsschwerpunkte und zur Umstrukturierung auf kommenden Bedarf dauerhafte und verlässliche Maßstäbe setzen wollen. Und das hat sie auch mit Erfolg getan, wie die Investitionsentwicklung infolge dieses Programms bei den Gemeinden zeigt.

Und der Bundesfinanzminister sollte endlich daraus lernen:

- Wer heute mit Einjahreshaushalten die Länder und Gemeinden zu zusätzlicher Finanzierung von Mischfinanzierungsaufgaben veranlassen will,
- wer heute Investitionserhöhungen ankündigt und sich nach Ablauf des Haushaltsjahres mit nichtabgeflossenen Geldern als Sparminister selbst feiert,
- wer heute Mischfinanzierungsausgaben des Bundes im Haushalt 1986 erhöhen will und damit rechnet, daß daraus schon im selben Haushaltsjahr beschäftigungswirksame Ausgaben bei Ländern und Gemeinden in voller Höhe entstehen sollen,
- Wer heute Einsparungen bei Bundesausgaben und Abbau der staatlichen Verschuldung als höchstes Ziel ausgibt, gleichzeitig aber die Gemeinden zu einer höheren Verschuldung zu überreden versucht,
- der kann nur scheitern.

Was da der Bundesfinanzminister, der sonst - trotz der Bundesbankgewinne in zweistelliger Milliardenhöhe - fast alle Investitionsausgaben des Bundes voll mit Krediten finanziert, als umfinanziertes, beschäftigungspolitisches Programm ankündigt und vorbereitet, ist eine bloße Scheinaktivität nach der verlorenen NRW-Wahl. Entweder will Dr. Stoltenberg mit solchen optischen Konzessionen die Gemeinden und die Bürger täuschen oder er glaubt leichtfertig an die beschäftigungspolitische Wirksamkeit der geplanten Programme, so wie er seit Monaten die kommunalen Investitionen hochjubeln möchte.. Leider ohne jeden Erfolg. Aber auch das war vorhersehbar. Mit einer solchen Finanzpolitik kann man keine Arbeitslosigkeit bekämpfen. Es wird immer deutlicher, daß Stoltenberg Finanzpolitik unhaltbar geworden ist.

(-/7.6.1985/vo-he/rs)

+ + +



Die Mauer um Kohl bröckelt

Mainzer Spenden-Ausschuß muß sich mit Aktivitäten des ehemaligen Ministerpräsidenten befassen

Von Hugo Brandt MdL
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz

Überraschung bei der SPD, betretene Gesichter bei der CDU im Untersuchungsausschuß „Parteispenden“ des Mainzer Landtages: Der Bundeswirtschaftsminister a.D. und ehemalige rheinland-pfälzische Staatssekretär Hans Friderichs belastet den Ex-Finanzminister und Kohl-Vertrauten Johann Wilhelm Gaddum schwer. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt 1971 hat Gaddum die Fortsetzung der Betriebsprüfung bei der Spendenwaschanlage GFEW in Neuwied/Rhein verhindert. Friderichs bestätigte jetzt dem Ausschuß die Korrektheit eines Briefes, der auf mehrfache Gespräche mit Gaddum und eine ministerielle Weisung in dieser Sache hinweist. Aber es kam für die an der Beweisbehinderung so interessierte CDU noch dicker: Friderichs berichtete dem Ausschuß auch von einem entsprechenden Gespräch zwischen Lamsdorff und Gaddum im Dezember 1971.

Zur Erinnerung: Gaddum hatte steif und fest behauptet, erst 1973 und nur zweimal und mit dem Ziel der Schließung der FDP-Spendenwaschanlage tätig gewesen zu sein. Dies alles stellt sich nun als falsch heraus. Nach der bisherigen Beweiserhebung war Gaddum sofort nach Amtsantritt 1971 tätig, hat sich mindestens ein gutes dutzend Mal in die Sache aktiv eingeschaltet und die Steuernachzahlung der Gesellschaft sowie der Spender vermeiden helfen.

Es wäre besser, die Mainzer Landesregierung und Ministerpräsident Dr. Vogel würden ihr politisch absolut dilettantisches Verhalten bei der Ernennung Gaddums zum Mainzer Landesbankpräsidenten wenigstens nachträglich korrigieren. Die Mauer der Beweisbehinderung bröckelt.

Die SPD hat zudem eine Klage in Karlsruhe beschlossen, um auf diesem Wege auch die Vernehmung des früheren Flick-Managers von Brauchitsch zu erzwingen. Denn eine Zitierung dieses „Spendenspezialisten“ vor dem Mainzer Untersuchungsausschuß verhindert die CDU mit allen Mitteln. Auch der damalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident und heutige Bundeskanzler ist der CDU-Mehrheit im Ausschuß eine Vernehmung nicht wert. Schriftlich, so hatte die CDU-Mehrheit beschlossen, solle der Bundeskanzler befragt werden. Schriftlich hat er auch geantwortet. Nie, so Herr Kohl, habe er etwas mit Spendenwaschanlagen zu tun gehabt oder sich eingeschaltet.

Aber dies ist falsch, wie die Akten der Bonner Staatsanwaltschaft belegen. 1969 hatte der damalige Ministerpräsident Dr. Kohl einem spendenwilligen Unternehmer den Weg der geräuschlosen Parteifinanzierung gewiesen. Und das ist nicht der einzige Fall, wie die bisherigen Veröffentlichungen und Hinweise aus dem Ausschuß zeigen. Ob diese Tatsache der CDU-Mehrheit im Ausschuß genügt, Kohl nunmehr nach Mainz zu laden, bleibt zweifelhaft. Zumindest ist Unruhe und Unsicherheit in die Reihen der CDU eingezogen. Die Mauer um Kohl bröckelt. Nicht nur in Bonn. (./7.6.1985/vb/rs)

+ + +



Ein ermutigendes Dokument

Zur gemeinsamen Erklärung „Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung“ der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz

Von Armin Clauss
Hessischer Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales

Mit gutem Grund hat die gemeinsame Umwelterklärung der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz sogleich nach ihrer Veröffentlichung weithin lebhaftes Interesse und ein ungeteilt zustimmendes Echo gefunden. Das gilt gleichermaßen dem Gleichklang der Sprache beider Kirchen in dieser Grundfrage der Schöpfung wie den entschiedenen, ja aufrüttelnden Forderungen nach verändertem Verhalten, nach einschneidenden Maßnahmen und nach einem neuen ethischen Denken.

Mit diesem nicht alltäglichen Dokument von hohem Rang reden die Kirchen der Welt ins Gewissen. Der Aufruf richtet sich nicht nur an die Gläubigen, sondern an alle politisch Verantwortlichen, an alle wirtschaftlich Handelnden, an alle gesellschaftlich Besorgten - mithin an jeden einzelnen.

Das wegweisende Dokument beschreibt das ökologische Problem als eine ethische Herausforderung und zeigt die Orientierungsnormen, nach denen wir handeln müssen, wenn wir der Verantwortung für das Leben und Überleben, für die Wahrung unseres natürlichen Lebensraumes gerecht werden sollen.

Der Diskussionsprozeß innerhalb der Kirchen ist deshalb auch für den politischen und gesellschaftlichen Klärungsprozeß angesichts der vorhandenen Umweltkrise von grundlegender Bedeutung. Einige Passagen der Erklärung machen das besonders deutlich. So heißt es etwa

- zu den Ursachen der Umweltzerstörung:

„Zwar haben Staat und Gesellschaft mit ihren Bemühungen durchaus erste Erfolge darin erzielt, die akuten Gefährdungen in den Griff zu bekommen... Aber dennoch nimmt die Schadensentwicklung ihren Fortgang...“

Der Entscheidungsspielraum für ökologisches Handeln wird immer enger eingegrenzt. In der Konsequenz ist die Existenzgrundlage jeglicher Kreatur bedroht...

Jetzt muß der Mensch sich selber als Urheber und Betroffener in einem erkennen.“

- zu den bisherigen Lösungsversuchen:

„Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es zu einer ungeheuren Beschleunigung der Belastung unserer natürlichen Umwelt...“

Solchen Entwicklungen ist mit der ursprünglichen ‚Naturschutzromantik‘ nicht beizukommen. Die Bewältigung unserer Umweltkrise wird zu einem zentralen Thema unseres Lebens - und Überlebens.“

- zum pragmatischen Umweltschutz:

„Die Vertreter dieses Ansatzes sind sich der Notwendigkeit eines Kompromisses zwischen Ökologie und Ökonomie bewußt und betreiben überwiegend Schadensminderung beziehungsweise Belastungsminimierung...“



Weiterführende Zusammenhänge bleiben wegen des Zwanges zum kurzfristigen Erfolg zunächst meist außer Betracht, nicht zuletzt auch wegen eng begrenzter Kompetenzen...

Die Schutzgesetze und Verordnungen geben betont pragmatischen Ansätzen den Vorrang (möglichst keine Maßnahmen zum Nachteil der Wirtschaft). Nicht selten erweisen sie sich als bloße Verschiebungen des Problems."

Nachdrücklich fordern die Kirchen deshalb ein neues Denken und Handeln. Sie mahnen bessere Beurteilungsmaßstäbe an und rufen nach einer Verständigung, die Grundlage für Konsequenzen hinsichtlich der Lebensführung des einzelnen, der Wirtschaftsordnung und einer ökologisch orientierten Politik sein muß.

Die von beiden Kirchen offen ausgesprochene Einladung zum konstruktiv-kritischen Dialog nimmt die SPD gerne an:

- o Sozialdemokraten stimmen der nach einem neuen Lebensstil zu, der auf Verhaltens- und Konsumgewohnheiten verzichtet, die auf Kosten der natürlichen Umwelt gehen;
- o Sozialdemokraten stimmen darin überein, nach neuen Möglichkeiten ökologisch verträglichen Wirtschaftens zu suchen und den traditionellen wirtschaftlichen Zielkatalog um die Komponente „Erhaltung der natürlichen Umwelt“ zu erweitern. Das SPD-Programm „Arbeit und Umwelt“ geht in die von den Kirchen gewiesene Richtung.

Ausdrücklich verweist die Umwelt-Erklärung darauf, daß die Verpflichtung auf den Umweltschutz „keine kosmetische Korrektur der bestehenden Wirtschaftsordnung“ darstelle, sondern „einen grundlegenden Einschnitt“ bedeute.

Die Forderung nach Umweltabgaben, nach schärferen rechtlichen Normen, Sanktionen und Kontrollen für einen umweltgerechten Wirtschaftsprozess, die Bekräftigung des Verursacherprinzips werden mit der Aussage unterstrichen: „Über Steuern und Auflagen läßt sich prinzipiell eine optimale Schonung der Umwelt erreichen. Je höher die Kosten beziehungsweise Preise von umweltbelastenden Produktionsprozessen und Gütern sind, je vorteilhafter Produktion und Konsum umweltschonender Güter, desto stärker wird der Appell an die individuelle Verantwortung durch wirtschaftliche Erwägungen von Produzenten und Verbrauchern bestimmt.“

Nicht zuletzt nach Meinung der Kirchen sollte auch der Gedanke einer Übertragung des ökologischen Kreislaufgedankens auf den Wirtschaftsprozess durch klare gesetzliche Rahmendaten, durch die Förderung neuer Technologien und von Arbeitsplätzen, die umweltpolitischen Zielen dienen, noch stärker als bisher verfolgt werden.

Setzt man die Umwelt-Erklärung der Kirchen in Beziehung zu den programmatischen Aussagen der Parteien und - was noch entscheidender ist - zu ihrer politischen Praxis, so braucht die SPD diesen Vergleich nicht zu scheuen. Das Dokument ist nicht nur eine Ermahnung zum solidarischen Verhalten des Menschen gegenüber der Schöpfung, zur Verantwortung für den Mitmenschen und für die nachfolgenden Generationen. Das Dokument ist Ermutigung für uns, auf dem beschrifteten Weg der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft noch entscheidender voranzuschreiten.

(-/7.6.1985/va-he/rs)

+ + +

